

LRH / Initiativprüfung / Gemeinden Oberndorf bei Schwanenstadt, Pitzenberg, Pühret, Rutzenham – Auswirkungen der Verwaltungsgemeinschaft und einer möglichen Zusammenlegung

Einsparungen wurden erzielt; Fusion brächte zusätzlich 161.000 Euro jährlich und würde Handlungsspielraum deutlich erhöhen

Ziel des LRH bei der Prüfung der Verwaltungsgemeinschaft der Gemeinden Oberndorf, Pitzenberg, Pühret und Rutzenham (Verwaltungsgemeinschaft 4+) war es festzustellen, welche Einsparungen im Vergleich zu vier Einzelverwaltungen erzielt wurden. Die Summe kann mit rund 71.500 Euro pro Jahr beziffert werden; dazu erfolgt ein Qualitätsschub bei der Leistungserbringung. Darüber hinaus hat der LRH berechnet, wie hoch die Einsparungspotentiale durch eine Fusion der vier Gemeinden wären. Hier hat er jährlich 161.000 Euro zusätzliche Einsparung errechnet.

Der LRH hat die 2005 gegründete Verwaltungsgemeinschaft 4+ - eine der letzten in OÖ gebildeten Verwaltungsgemeinschaften - geprüft. Ein Schwerpunkt dabei war die Analyse der finanziellen Auswirkungen der Verwaltungsgemeinschaft im Vergleich zu vier eigenständigen Verwaltungen sowie einer möglichen Fusion der vier Einzelgemeinden.

Einsparungen durch Verwaltungsgemeinschaft erzielt; Leistungsqualität gesteigert

„Verglichen mit vier Gemeindeverwaltungen wird durch die Verwaltungsgemeinschaft ein Einsparungsvolumen von rund 71.500 Euro jährlich gehoben“, sagt LRH-Direktor Dr. Friedrich Pammer. Rund 45.500 Euro davon entfallen auf Sachausgaben, etwa 15.000 Euro auf das Personal und circa 11.000 Euro auf Einsparungen bei der gemeinsamen Gemeinde-KG. Dazu kommen noch verschiedene Einmaleffekte, wie beispielsweise Einsparungen von 45.000 Euro beim Glasfaseranschluss sowie rund 41.000 Euro bei den Gründungskosten für eine Gemeinde-KG an Stelle von vier.

Durch die Zusammenführung des Verwaltungspersonals ist eine Spezialisierung der Mitarbeiter auf einzelne Aufgabenbereiche möglich. In vorliegendem Fall konnten dadurch Bearbeitungszeiten reduziert und die Qualität der Leistungserbringung erhöht werden; ein Vorteil, der finanziell nicht exakt messbar ist. Die Organisations-Analyse des LRH hat gezeigt, dass die Verwaltung der Gemeinden in dieser Organisationsform gut funktioniert. Es werden qualitativ hochwertige Leistungen erbracht und gleichzeitig Einsparungen im Vergleich zu mehreren Einzelverwaltungen erzielt.

Fusion brächte wesentlich höhere Einsparungen

„Wir haben in der Prüfung berechnet, dass die Fusion der vier Gemeinden zu einer Gesamtgemeinde mit rund 2.700 Einwohnern ein zusätzliches jährliches Einsparungspotential von rund 161.000 Euro brächte“, führt Pammer aus. Dieses setzt sich aus etwa 108.000 Euro an Ausgaben für die politischen Gremien und Funktionsträger (derzeit vier Bürgermeister und 54 Gemeinderäte), rund 45.000 Euro an Personaleinsparungen und rund 8.000 Euro bei den Sachausgaben zusammen.

„Im Lichte dieses Einsparungspotentials empfehlen wir den vier Gemeinden, auf politischer Ebene einen umfassenden Meinungsbildungsprozess zu beginnen“, regt der LRH-Direktor an. Mögliche Chancen und Risiken einer Fusion sollten diskutiert werden. Mit rund 2.700 Einwohnern und einer Fläche von etwa 23,6 km² wäre die fusionierte Gemeinde durchschnittlich groß. Einige Voraussetzungen, die einen möglichen Zusammenschluss aus gesellschaftlicher Sicht wesentlich erleichtern, sind vorhanden. So gibt es bereits eine enge Kooperation der Gemeinden im Bereich Gesundheit, Kultur und im Bauhof. Auch die Mitglieder eines Sportvereins stammen überwiegend aus den vier Gemeinden.

Fusion würde geringen finanziellen Handlungsspielraum deutlich erhöhen

Von den geprüften Gemeinden war in den letzten Jahren einzig Pühret niemals Abgangsgemeinde. 2013 lagen die freien Finanzspitzen der vier Gemeinden in Summe bei rund 55.000 Euro. „Das werten wir als gering“, unterstreicht Pammer. Eine freie Finanzspitze ist jene Zahl, die Auskunft über die frei verfügbaren Mittel gibt. Eine Fusion der vier Gemeinden würde die Manövriermasse deutlich erhöhen und damit den eigenen Gestaltungsspielraum insbesondere für Investitionen wesentlich erweitern. Ohne die Einsparungen aus der Verwaltungsgemeinschaft hätten die vier Gemeinden gemeinsam sogar eine negative freie Finanzspitze.

Gemeindefusionen salonfähig machen; bisherige Maßnahmen haben nicht gegriffen

Das Land OÖ unterstützt seit Jahren die Bildung von Kooperationen in den Gemeinden. Zuletzt entwickelte es 2011 ein Maßnahmenpaket mit dem Ziel, die Gemeinden durch finanzielle Anreize zu einer nachhaltigen Zusammenarbeit zu motivieren. Dieser „Kooperationsbonus neu“ umfasst auch Verwaltungsgemeinschaften und beinhaltet unter anderem eine zeitlich befristete Reduktion der Landesumlage um bis zu 70 Prozent. Bis zum Prüfungszeitpunkt haben die oö. Gemeinden von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht. „Daher bezweifeln wir die Wirksamkeit dieses Instruments“, sagt Pammer deutlich. Er geht aber davon aus, dass durch die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften bzw. Fusionen beträchtliche Einsparungspotentiale auch in vielen anderen oö. Gemeinden gehoben werden könnten.

In einem ersten Schritt bedarf es allerdings eines klareren politischen Bekenntnisses seitens der oberösterreichischen Landespolitik, dass umfassende Kooperationen bis hin zur Gemeindefusion nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein sollen. Dazu wäre ein fusionsfreundliches Klima zu schaffen. In diesem sollten Entwicklungschancen, wie die Stärkung der finanziellen Unabhängigkeit und damit die Vergrößerung des eigenen Spielraums der Gemeinden, aufgezeigt werden. Fusionspotentiale gehören ausgelotet, die bestehenden Anreizsysteme (Förderanreize) sollten überdacht werden. Für den LRH wäre es denkbar, dass die Gewährung von Bedarfszuweisungen auch davon abhängig gemacht wird, inwieweit eine Gemeinde bereit ist, sich umfassenden Kooperationen zu widmen.

Rückfragen-Kontakt: Dr. Friederike Riekhof (+43 732) 7720 – 140 91 oder mobil 0664 / 6007214091

Weitere Informationen unter <http://www.lrh-ooe.at>